

# Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Gleichstellung der Geschlechter im europäischen Vergleich

Anneli Rüling

In den letzten Jahren hat Familienpolitik, speziell das Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in vielen europäischen Ländern wie auch in der EU-Politik an Bedeutung gewonnen. Im Zuge dieser Entwicklung wurde – zumindest in Deutschland – Gleichstellungspolitik in den Hintergrund gedrängt. Damit stellt sich die Frage, ob eine Familienpolitik, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert, auch zu mehr Gleichstellung der Geschlechter führen kann. Eine Antwort liefert der Vergleich von vier europäischen Ländern, die unterschiedliche Pfade in der Familienpolitik eingeschlagen haben.<sup>1</sup>

## 1 Vereinbarkeitspolitiken der EU

Im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel hat das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen Bedeutungszuwachs erfahren und Eingang in die Politik der Europäischen Union (EU) gefunden (Europäische Kommission 2005). Hintergrund dafür ist die Erkenntnis, dass ein positiver Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsbeteiligung und Geburtenrate besteht (Rürup/Gruescu 2003; Sachverständigenkommission 2005; Eichhorst et al. 2007). So schreibt die Europäische Kommission:

„Die niedrige Geburtenrate könnte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass Personen, die sich Kinder wünschen, ihr Privatleben nicht so gestalten können, wie sie es gerne würden; eine Rolle dürfte dabei auch die Schwierigkeit spielen, Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren.“ (Europäische Kommission 2006a, S. 7).

Wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, steigen – so die Annahme – auch die Frauenerwerbstätigkeit und die Geburtenrate (ebd.). Bereits in der Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung wurde eine Anhebung der Frauenerwerbsquote auf durchschnittlich 60 % gefordert. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit wird im „Barcelona-Ziel“ ein Ausbau der Kinderbetreuung auf eine Betreuungsquote von 33 % für unter Dreijährige und 90 % für Kinder von drei bis sechs Jahren gefordert (Rat der Europäischen Union 2002). Über den Umweg demografischer und ökonomischer Argu-

mente werden so alte feministische Forderungen nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Ausbau der Kinderbetreuung im Rahmen europäischer und nationaler Politik thematisiert. Unklar ist jedoch, welche Geschlechter- und Familienmodelle damit propagiert werden und ob diese die Gleichstellung tatsächlich befördern.

Denn aus gleichstellungspolitischer Perspektive stellt sich der Fokus auf die demografische Entwicklung als Engführung dar. Lewis (2006, S. 425ff.) kritisiert die Indienstnahme der Vereinbarkeitspolitik im Rahmen einer ökonomischen Gesamtausrichtung der Lissabon-Strategie wie auch die einseitige Forderung nach höherer Frauenerwerbsbeteiligung. Speziell in der europäischen Beschäftigungspolitik werde ein neues familienpolitisches Leitbild vertreten, das sogenannte „Adult Worker Model“ (Lewis 2004). Dies setze voraus, dass alle Erwachsenen ihre ökonomische Unabhängigkeit über eigene Erwerbsbeteiligung sicherstellen, und impliziere folglich eine Verallgemeinerung des männlichen Lebensmodells für alle Erwachsenen. Das neue Leitbild lässt nach Lewis außer Acht, dass Frauen derzeit die Hauptlast der Haus- und Familienarbeit tragen und somit für sie nicht der gleiche Zugang zur Erwerbsarbeit besteht wie für Männer.

Darüber hinaus bleibt offen, in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen Frauen mit und ohne Kinder stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Sind Frauen weiterhin für die unbezahlte Sorgearbeit zuständig, so erfolgt eine Arbeitsmarktintegration berufstätiger Mütter vor allem in Teilzeitarbeit, sodass die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ in der Verantwortung der Frauen verbleibt. Ein

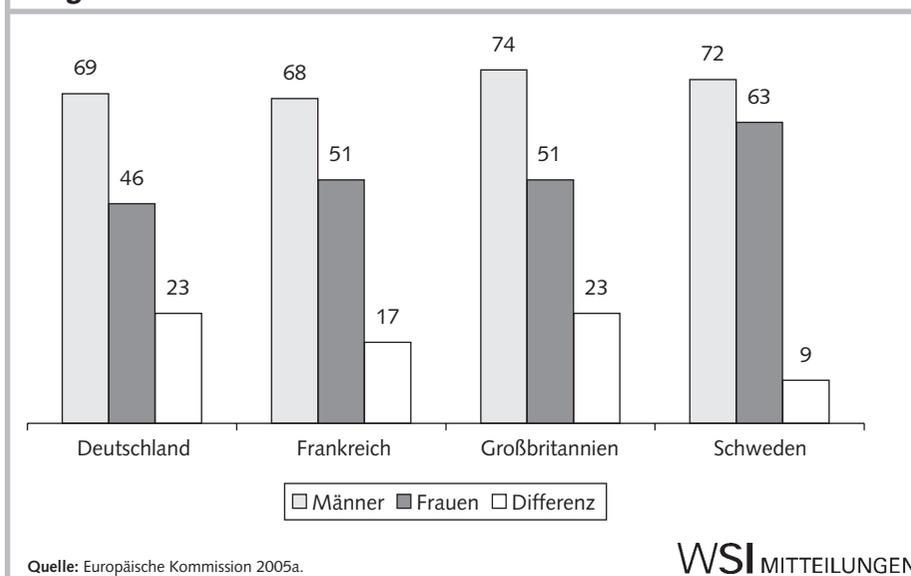
solches Arrangement stellt eine modernisierte Form des traditionellen Ernährersmodells dar; die ökonomische Abhängigkeit der Frauen vom Ernährer bleibt bestehen.

Beim „Adult Worker Model“ mit zwei Vollzeit-Erwerbstätigen stellt sich die Frage, wer künftig die unbezahlte Familienarbeit erledigen soll. Der Wohlfahrtsstaatsforscher Esping-Andersen formuliert dies vermeintlich paradox: „Um die Familie zu retten, brauchen wir eine Politik der Entfamilialisierung. Wir müssen Praktiken einführen, die traditionellerweise von den Familien selbst erbrachte Leistungen nach und nach übernehmen und externalisieren“ (Esping-Andersen 2006, S. 57f.). Eine vollständige Externalisierung der Familienarbeit ist allerdings weder möglich noch kulturell durchsetzbar. Es entsteht ein gleichstellungspolitisches Dilemma, da eine Gleichstellung der Geschlechter weder durch stärkere Anerkennung der unbezahl-

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz beruht auf einer Studie (Rüling/Kassner 2007), die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vom SowiTra-Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer ([www.sowitra.de](http://www.sowitra.de)) angefertigt wurde. Sie ist kostenlos bei der Stiftung oder unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/04262.pdf> zu beziehen.

**Anneli Rüling**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Göttingen und gleichberechtigte Partnerin des SowiTra-Instituts für sozialwissenschaftlichen Transfer. Arbeitsschwerpunkte: Familienpolitik, vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Geschlechterforschung. e-mail: [anneli.rueling@sowitra.de](mailto:anneli.rueling@sowitra.de)

**Abb. 1: Beschäftigungsquoten (2003) nach Vollzeitäquivalenten im Vergleich - in % -**



ten Pflegearbeit im Rahmen der Familienpolitik noch dadurch erreicht werden kann, dass Frauen für sich männliche Lebensentwürfe übernehmen.

Als Lösung dieses Dilemmas gilt das „Integrationsmodell“ (Fraser 1994): Dieses geht davon aus, dass nur mit der Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit eine vollständige Gleichheit zwischen den Geschlechtern erreicht werden kann (vgl. Lewis 2004; Rüling 2007). Eine stärkere Beteiligung von Männern an der Familienarbeit wird auch im europäischen Fahrplan für die Gleichstellung (2006–2010) gefordert (Europäische Kommission 2006b). Danach sind für eine umfassende Gleichstellung zudem auch der Abbau geschlechtsspezifischer Lohnungleichheit, die Aufhebung der Diskriminierungen im Berufsleben sowie der Abbau von Geschlechterstereotypen vonnöten. Nur ein Teil dieser Handlungsfelder bezieht sich auf die Familienpolitik. Jedoch haben arbeitsmarktpolitische und kulturelle Regulierungen Auswirkungen auf die Vereinbarkeitssituation.

## 2 Geschlechterarrangements in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Schweden

Im Sinne des Integrationsmodells ist ein ausgewogenes Verhältnis der Beteiligung von Männern und Frauen an Erwerbs-

wie an der Haus- und Familienarbeit anzustreben. Anhand dieser Kriterien wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Schweden verglichen.<sup>2</sup> Dabei wird zunächst die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen betrachtet. Danach werden die Arbeitsteilung bei Paaren sowie die Verteilung der unbezahlten Arbeit dargestellt.

### 2.1 ERWERBSTÄTIGKEIT

Die Erwerbstätigenquote von Männern unterscheidet sich in den vier Ländern kaum, ganz im Gegensatz zur Frauenerwerbstätigkeit. Schweden hatte im Jahr 2004 mit 71 % die höchste Frauenerwerbstätigenquote, gefolgt von Großbritannien mit einer Quote von 66 %. Diese beiden Länder haben das Lissabon-Ziel einer Frauenerwerbstätigenquote von 60 % bereits erreicht. Im Vergleich dazu lagen Deutschland mit 59 % und Frankreich mit 57 % Frauenbeschäftigungsquote noch knapp unterhalb der Zielmarke (European Commission 2005). Dieses Bild verändert sich allerdings, nimmt man die tatsächlichen Arbeitszeiten mit in den Blick. Denn in Frankreich arbeiteten 2004 mit 30 % die wenigsten weiblichen Erwerbspersonen in Teilzeit, während in Großbritannien 45 % und in Deutschland 41 % der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit beschäftigt waren (ebd.). Rechnet man die faktische Wochenarbeitszeit aller beschäftigten Männer und Frauen in Vollzeitäquivalente um, so lässt

sich der tatsächliche *Umfang* der männlichen und weiblichen Beschäftigung in einem Land vergleichen (Abbildung 1).

Im Jahr 2003 bestand der geringste geschlechtsspezifische Unterschied bei der Erwerbsbeteiligung in Schweden (European Commission 2005). Dies erklärt sich aus einer hohen Frauenerwerbstätigkeit und hohen Arbeitszeiten von Frauen. Der geschlechtsspezifische Unterschied in den anderen Ländern ist wesentlich größer. In Frankreich ist die Differenz trotz geringerer Erwerbstätigenquote etwas niedriger als in Deutschland und Großbritannien, da ein großer Teil der Frauen in Vollzeit arbeitet. In Großbritannien und Deutschland zeigt sich die größte Ungleichheit zwischen männlicher und weiblicher Erwerbstätigkeit.

In Großbritannien besteht also trotz der hohen Erwerbstätigenquote von 66 % der Frauen aufgrund des hohen Anteils von Frauen in geringer Teilzeitarbeit in der Summe eine große Differenz zwischen männlicher und weiblicher Erwerbstätigkeit. In Großbritannien existiert die höchste Polarisierung zwischen den Arbeitszeiten von Männern und Frauen (Rüling/Kassner 2007, S. 43ff.). Eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigenquote bedeutet gleichstellungspolitisch somit nicht unbedingt einen Fortschritt; zumindest dann nicht, wenn das vorhandene Arbeitsvolumen – etwa durch den Anstieg geringfügiger Teilzeitsbeschäftigung – nur zwischen Frauen umverteilt wird. Eine solche Entwicklung lässt sich in den letzten Jahren in Deutschland feststellen, wo die durchschnittliche Arbeitszeit erwerbstätiger Frauen seit Beginn der 1990er Jahre gesunken ist (Klenner 2005). Insofern greift das Ziel der Lissabon-Strategie, das lediglich auf die Erhöhung der Frauenerwerbsquote setzt, gleichstellungspolitisch zu kurz.

Zur Beurteilung der Vereinbarkeitssituation im jeweiligen Land ist der Unterschied bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit und ohne Kinder ein wesentlicher Indikator. Hieran zeigen sich am deutlichsten die Auswirkungen der jeweiligen nationalen Familienpolitiken und kultureller Leitbilder. Grundsätzlich ist hervorzuheben, dass sich Männer mit und ohne

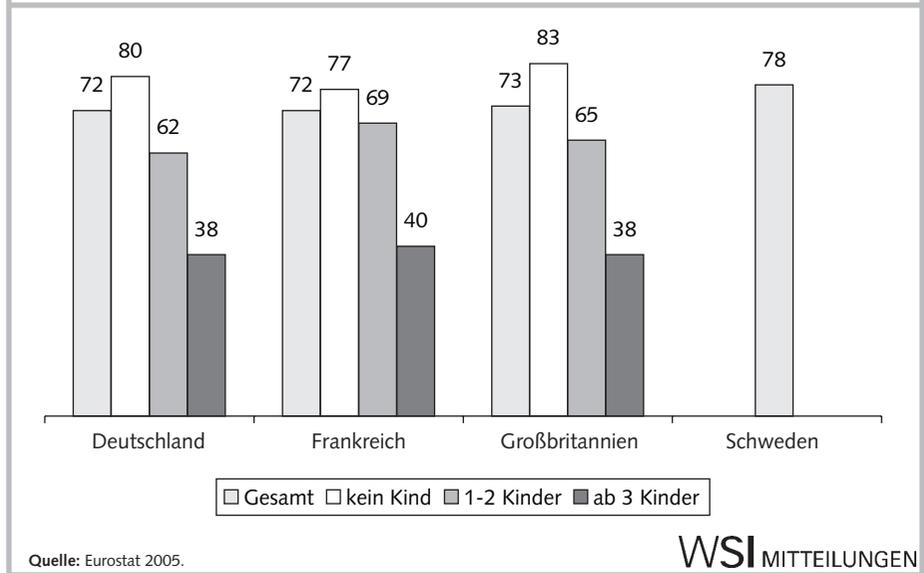
<sup>2</sup> Diese vier Länder wurden ausgewählt, weil Deutschland, Großbritannien und Schweden für je unterschiedliche Wohlfahrtsregime (Esping-Andersen 1990) stehen; Frankreich steht weiterhin für ein spezifisches familienpolitisches Entwicklungsmodell (Gauthier 1996).

Kinder bei der Erwerbsbeteiligung kaum unterscheiden; Väter haben meist sogar eine höhere Beschäftigungsquote als kinderlose Männer.

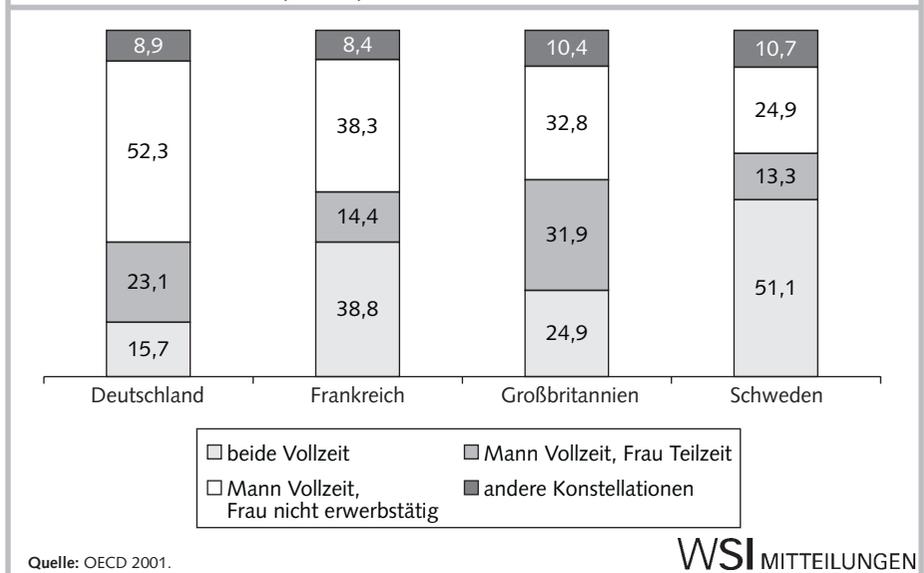
Abbildung 2 zeigt die Beschäftigungsquoten von Frauen im Alter zwischen 20 und 49 mit und ohne betreuungsbedürftige Kinder.<sup>3</sup> In Deutschland, Frankreich und Großbritannien sinkt die Beschäftigungsquote von Frauen mit der Anzahl der Kinder. Im Ländervergleich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Frankreich etwas besser als in Großbritannien und Deutschland: 2003 waren in Frankreich 69 % der Mütter im Alter von 20–49 Jahren mit einem Kind oder mit zwei Kindern beschäftigt. In Deutschland ist die Erwerbstätigenquote von Müttern mit ein oder zwei Kindern mit 62 % am niedrigsten; Großbritannien liegt mit 65 % zwischen Deutschland und Frankreich. In allen drei Ländern sind nur noch etwa 40 % aller Mütter mit drei oder mehr Kindern erwerbstätig – in kinderreichen Familien ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen generell problematisch (Eurostat 2005). Bedauerlicherweise liegen für Schweden keine differenzierenden Daten vor; 2003 zeigt sich im Vergleich die höchste Beschäftigungsquote von 78 % der Frauen zwischen 20 und 49 Jahren. Hinsichtlich der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern und ohne Kinder existieren ältere Daten (OECD 2002), die für das Jahr 2000 zeigen, dass in Schweden Frauen im Alter von 25–54 Jahren mit und ohne betreuungsbedürftige Kinder zu etwa 80 % erwerbstätig waren. Damit ist Schweden das einzige Land des Vergleichs, in dem sich Mutterschaft nicht negativ auf die Erwerbsquote von Frauen auswirkt.

Vergleichbare Daten zur tatsächlichen Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Kindern unter drei Jahren (ohne Beurlaubung im Rahmen der Elternzeit) gibt es leider nicht. Deswegen wird auf nationale Untersuchungen zurückgegriffen. Im Jahr 2003 waren in Westdeutschland lediglich 26 %, in Ostdeutschland hingegen 32 % der Mütter mit Kindern unter drei Jahren tatsächlich erwerbstätig. Von diesen arbeiteten im Westen etwa drei Viertel in Teilzeit, im Osten etwas weniger als die Hälfte – diese Zahlen sind seit Anfang der 1990er Jahre relativ konstant geblieben (Bothfeld et al. 2005). In allen Vergleichsländern lag die tatsächliche Beschäftigung von Müttern mit Kindern unter drei Jahren im Jahr 2000 wesentlich höher als in Deutschland: In

**Abb. 2: Beschäftigungsquoten von Frauen (20-49 J.) nach Anzahl der Kinder unter 12 Jahren (2003) - in % -**



**Abb. 3: Tatsächliche Erwerbsarrangements bei Paaren mit Kindern unter sechs Jahren (1998) - in % -**



Frankreich arbeiteten 53 % der Mütter mit Kleinkindern, in Großbritannien 52 % und in Schweden sogar 71 %. In allen Ländern lag die Teilzeitquote zudem unter der in Deutschland (Laurer/Weber 2003; Immervoll/Barber 2005). Das deutsche Familienmodell und Vereinbarkeitsregime führt also, trotz insgesamt gestiegener Erwerbstätigenquote von Frauen, zu einer geringen Erwerbsbeteiligung von Müttern mit kleinen Kindern.

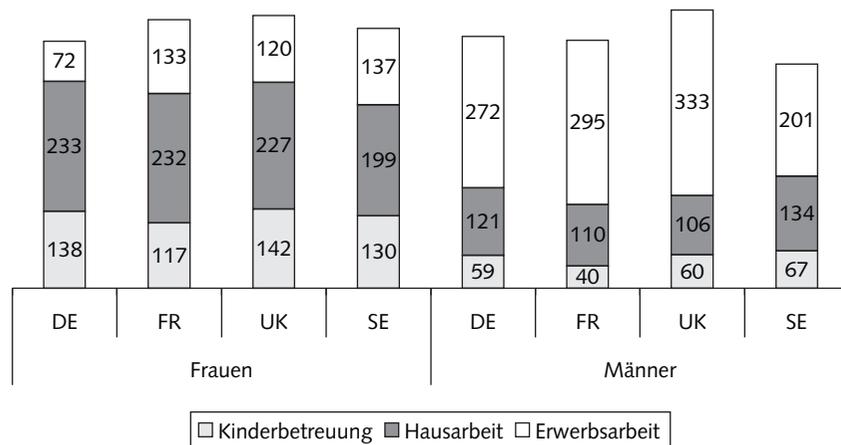
Betrachtet man die Beschäftigungsmuster in Paarhaushalten mit kleinen Kindern (Abbildung 3)<sup>4</sup>, so zeigt sich, dass das traditionelle Ernährermodell in Deutschland 1998 bei mehr als der Hälfte (52 %) der

Paare vertreten war. In Schweden hingegen zeigen sich die am wenigsten traditionellen Erwerbskonstellationen – über die Hälfte der Elternpaare (51 %) hatte ein „Adult

<sup>3</sup> In dieser Grafik gelten auch Frauen als erwerbstätig, die im Rahmen der Elternzeit beurlaubt sind.

<sup>4</sup> Aktuelle vergleichende Daten zu Erwerbskonstellationen von Paaren mit Kindern unter 5 Jahren finden sich in einer aktuellen Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung (Eichhorst et al. 2007), diese Untersuchung bezieht aber Schweden nicht mit ein. Im Vergleich zu den Zahlen von 1998 sind die Erwerbskonstellationen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien mittlerweile etwas weniger traditionell, die Muster bleiben jedoch ähnlich.

**Abb. 4: Zeitverwendung von Paaren mit Kindern bis sechs Jahren nach Geschlecht (1998-2002) - in Minuten/Tag -**



Quelle: Europäische Kommission 2004.

WSI MITTEILUNGEN

Worker“ Model (beide Vollzeit) und nur ein Viertel ein traditionelles Ernährermmodell. Während in Großbritannien das traditionelle und das modernisierte Ernährermmodell (Mann Vollzeit, Frau Teilzeit) mit 33 % bzw. 32 % gleich stark vertreten waren, hatten in Frankreich das Adult Worker Model und das traditionelle Ernährermmodell (je 39 %) gleich hohe Anteile.

Vergleicht man diese tatsächlichen Erwerbskonstellationen mit gewünschten, die auf kulturelle Familienmodelle verweisen, so wird deutlich, dass Paare in allen untersuchten Ländern gerne egalitärere Familienmodelle leben würden: 1998 präferierten in Deutschland nur 5,7 % der Paare mit Kindern unter sechs Jahren ein traditionelles Ernährermmodell; demgegenüber favorisierten 43 % ein modernisiertes Ernährermmodell mit Teilzeitbeschäftigung der Frau (OECD 2001). Auch in Großbritannien wünschten sich mehr als 40 % der Eltern ein modernisiertes Ernährermmodell. Demgegenüber bevorzugten über die Hälfte der Elternpaare (52 %) in Frankreich und zwei Drittel (67 %) in Schweden ein Modell mit doppelter Vollzeitbeschäftigung (ebd.). Es zeigt sich also, dass in Deutschland und Großbritannien *kulturell* das modernisierte Ernährermmodell dominant ist, während das „Adult Worker Model“ in Frankreich mehrheitlich und in Schweden am stärksten favorisiert wird. Gleichwohl gibt es in allen Ländern ein Potenzial zur Verringerung des traditionellen Ernährermmodells zugunsten der Teil- oder Vollzeitbeschäftigung von Müttern.

## 2.2 DIE AUFTEILUNG DER UNBEZAHLTEN ARBEIT

Die Aufteilung der unbezahlten Arbeit in Paarbeziehungen wird durch die jeweiligen Erwerbskonstellationen eingeschränkt: Haben die Eltern stark unterschiedliche Erwerbsarbeitszeiten, ist dies ein Hinweis auf eine ungleiche Verteilung der Care-Tätigkeiten. Allerdings ist der Umkehrschluss nicht zulässig: Bei gleicher Erwerbsbeteiligung von Mann und Frau ist die Haus- und Familienarbeit in der Regel meist nicht gleich verteilt. Im Gegenteil – in einer vergleichenden Studie fanden *Arn* und *Walter* (2004) heraus, dass mit dem Anstieg des Arbeitszeitumfangs die Gesamtbelastung von Frauen zunimmt, da kaum eine paarinterne Umverteilung der unbezahlten Arbeiten stattfindet.

Aus *Abbildung 4* wird ersichtlich, dass Frauen in allen Ländern mit etwa sechs Stunden durchschnittlich doppelt so viel Zeit für Hausarbeit und Kinderbetreuung aufwenden als Männer mit etwa drei Stunden.<sup>5</sup> Trotz unterschiedlicher familienpolitischer Rahmenbedingungen und Beschäftigungsquoten von Frauen in den untersuchten Ländern scheinen geschlechtsspezifische Muster der Arbeitsteilung insgesamt recht stabil zu sein. Gleichwohl zeigen sich auch länderspezifische Differenzen zwischen Männern und Frauen.

Mütter in Deutschland haben die höchste Zeitbelastung für Hausarbeit und Kinderbetreuung (6:11 h), aber die geringsten Erwerbsarbeitszeiten (1:12 h) und die ge-

ringste zeitliche Gesamtbelastung (7:23 h) im Vergleich aller Frauen. Trotz deutlich höherer Erwerbsarbeitszeiten der Frauen in den Vergleichsländern zeigt sich nur eine geringe Reduzierung der Hausarbeit und der für Kinderbetreuung aufgewandten Zeiten. Den zweithöchsten Anteil für Hausarbeit und Kinderbetreuung wenden die Britinnen (6:09 h) auf. Inklusive ihrer Erwerbsarbeitszeiten (2:00 h) haben Mütter in Großbritannien insgesamt die höchste Gesamtbelastung (8:09 h). Mütter in Frankreich haben eine etwas geringere Belastung durch Hausarbeit und Kinderbetreuung (5:49 h) und etwas höhere Erwerbsarbeitszeiten (2:13 h). Die höchsten Erwerbsarbeitszeiten (2:17 h) und die geringste Belastung durch Haus- und Familienarbeit (5:39 h) haben Mütter in Schweden.

Alle Männer haben deutlich höhere Zeiten für Erwerbsarbeit als für unbezahlte Arbeit. Britische Väter haben die längsten Arbeitszeiten (5:33 h) und die höchste Gesamtbelastung (8:19 h) aller Männer und Frauen in den vier Ländern. Die geringste Gesamtbelastung weisen schwedische Väter auf (6:42 h). Sie wenden gleich viel Zeit für Erwerbsarbeit wie für Haus- und Familienarbeit auf (je 3:21). Angesichts der geringen Erwerbsarbeitszeiten hätten sie jedoch noch mehr „Potenzial“ für weitere Beteiligung zu Hause. Das geringste Engagement bei Care-Tätigkeiten weisen die französischen Männer auf (2:30 h pro Tag). Die Beteiligung der deutschen (3:00 h) und britischen (2:46 h) Väter liegt etwas höher als die der Franzosen. Insgesamt zeigt sich, dass die Beteiligung der Väter an der Haus- und Familienarbeit in allen Ländern nach wie vor gering ist und sich bei hohem Frauenerwerbsvolumen nicht notwendigerweise anpasst.

## 3

### Familienpolitische Regulierungen zur Vereinbarkeit

Ein Teil der dargelegten Unterschiede bei der Vereinbarkeit lässt sich auf familienpolitische Regulierungen zurückführen; wei-

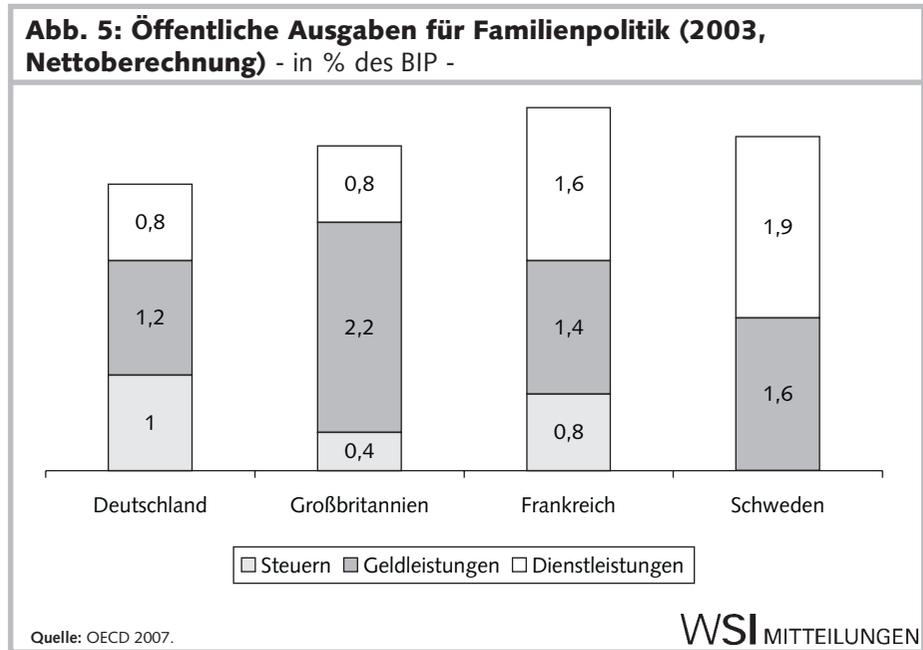
<sup>5</sup> Die Zeitverwendung wird im Durchschnitt über alle Tage, also Arbeitstage wie Wochenende, in Minuten errechnet. Die Erhebung fand im Zeitraum von 1998–2002 statt.

tere Differenzen sind durch Strukturen der nationalen Arbeitsmärkte, wie etwa die Arbeitszeiten, und durch kulturelle Prägungen, wie etwa das Ausmaß an Hausarbeit, zu erklären. Diejenigen Regulierungen, die sich auf die Arbeitsteilung beziehen, werden im Folgenden stärker in den Blick genommen.

In *Abbildung 5* sind die öffentlichen Netto-Ausgaben für Familienpolitik als Anteil des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahr 2003 dargestellt. Anhand der relativen Ausgaben für Familienpolitik wird deutlich, welcher Stellenwert den unterschiedlichen Leistungen zukommt. Im Jahr 2003 hatten Frankreich, Schweden und sogar Großbritannien (das seine Familienpolitik kürzlich stark ausgeweitet hat) mit knapp 3,5 % des BIP etwas höhere Ausgaben für Familienpolitik als Deutschland mit etwa 3 % des BIP. Da hier nicht detailliert auf alle Regulierungen eingegangen werden kann (Rüling/Kassner 2007), werden im Folgenden die steuerlichen Leistungen, die Kinderbetreuung und die Ausgestaltung der Elternzeit näher beleuchtet.

Die *steuerlichen Leistungen* für Familien sind sehr unterschiedlich. In Schweden gibt es gar keine fiskalische Familienförderung, sondern – ebenso wie in Großbritannien – eine Individualbesteuerung. Dadurch werden starke Anreize für eine Erwerbstätigkeit aller Erwachsenen gesetzt, weil – im Sinne eines „Adult Worker Model“ – die Familien hierauf finanziell angewiesen sind (Fagan/Hebson 2006). In Großbritannien wird ebenfalls individuell besteuert; zudem wird eine Erwerbsaufnahme bei gering Verdienenden mit dem Working Families Tax Credit sogar gefördert, allerdings erfolgt sie oft in Teilzeit, weil Kinderbetreuung rar und teuer ist. In Deutschland und Frankreich hingegen existieren verschiedene Formen der gemeinsamen steuerlichen Veranlagung von Familien. Deutschland setzt mit dem Ehegattensplitting unabhängig vom Vorhandensein von Kindern Anreize für eine traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern; in Frankreich richtet sich das Familiensplitting auch nach der Anzahl der Kinder und begünstigt stärker kinderreiche Familien.

Der *Kinderbetreuung* kommt in Schweden und Frankreich in der öffentlichen Förderung von Dienstleistungen ein höherer Stellenwert zu als in Deutschland und Großbritannien. Dies spiegelt sich etwa in höheren Versorgungsquoten bei der Kin-



derbetreuung: Über 40 % der Kinder unter drei Jahren waren in Schweden und Frankreich im Jahr 2004 in öffentlich geförderter Betreuung. In Deutschland waren dies nur 7 % und in Großbritannien knapp über 9 % der Kinder unter drei Jahren (Rüling/Kassner 2007, S. 105f.). Demgegenüber liegt die Versorgungsquote für Kinder ab drei Jahren in allen vier Ländern bei 90 % oder mehr – allerdings wird ein Betreuungsplatz in Schweden und Frankreich ganztags angeboten, während dieser in Deutschland nur vormittags garantiert ist und in Großbritannien lediglich für 2,5 Stunden pro Tag (ebd.).

Aus dem Umfang der Kinderbetreuung wird das zugrunde liegende Familienmodell deutlich: In Frankreich und Schweden wird die Vollzeit-erwerbstätigkeit von Müttern ab einem frühen Alter der Kinder ermöglicht. In Deutschland und Großbritannien wird dahingegen davon ausgegangen, dass Mütter die Kinder in den ersten Jahren selbst betreuen und höchstens in Teilzeit einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die öffentlich geförderte Kinderbetreuung ist somit einer der wichtigsten Faktoren zur Ausweitung der Müttererwerbstätigkeit (EU Expert Group on Gender, Social Inclusion and Employment 2005). In den letzten Jahren gab es in Großbritannien und in Deutschland starke Reformbemühungen zum Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen: In beiden Ländern wurden Gesetze verabschiedet, nach denen allen erwerbstätigen Eltern eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung garantiert wird.<sup>6</sup>

Anhand der jüngsten Entwicklungen lässt sich ein gewisser Ausbau der Betreuung feststellen; im Vergleich zu Frankreich und Schweden besteht jedoch immer noch ein großer Nachholbedarf.

Die *Elternzeit* ist ein weiteres zentrales Instrument für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie sichert die Perspektive auf eine Fortsetzung der Erwerbstätigkeit von Müttern – dabei kommt es aber auf die richtige Ausgestaltung an (EU Expert Group on Gender, Social Inclusion and Employment 2005; Fagan/Hebson 2006): Ist der zeitliche Anspruch zu kurz, so kann es passieren, dass Mütter ihren Arbeitsplatz aufgeben müssen. Ist er zu lang, besteht die Gefahr, dass Mütter Anreize erhalten, längere Elternzeiten zu nehmen als geplant und berufliche Dequalifizierungen erleiden – dies wurde in Deutschland mit der dreijährigen Elternzeit diskutiert (Bothfeld et al. 2005). Ähnliches gilt für eine Bezahlung der Auszeit: Ist sie zu niedrig, werden Mütter gezwungen, früher als gewollt wieder arbeiten zu gehen – dies wird etwa in Großbritannien als Grund für eine geplante Ausweitung der bezahlten Elternzeit angegeben (British Parliament – House of Commons 2005). Ist die Bezahlung pauschaliert und zu hoch, so besteht die Ge-

<sup>6</sup> In Deutschland wurde 2004 das Tagesbetreuungsbaugesetz (BMFSFJ 2006) verabschiedet und 2005 für England und Wales der Childcare Act (British Parliament – House of Commons 2005).

fahr, dass gerade Niedrigverdienerinnen Anreize erhalten, für längere Zeit aus dem Beruf auszusteigen. Dies wurde etwa in Frankreich kritisiert, als das aktuelle Erziehungsgeld in Höhe von 522 Euro monatlich eingeführt wurde, das seit 2004 ab dem zweiten Kind für drei Jahre bezogen werden kann (Rüling/Kassner 2007, S. 99).

Aus gleichstellungspolitischer Perspektive hat sich zur Absicherung einer kontinuierlichen Erwerbsbeteiligung der Mutter sowie für die stärkere Beteiligung von Vätern an Familienarbeit die schwedische Elternzeit mit Lohnersatzleistung bewährt (ebd.). Neben der großzügigen finanziellen Ausgestaltung mit 80 % des Bruttolohns ist die zeitliche Flexibilität der Elternzeit vorteilhaft: Beide Elternteile haben den gleichen Anspruch auf 18 Monate Auszeit, die flexibel in einzelnen Tagen oder auch in Teilzeit bis zum achten Lebensjahr des Kindes genommen werden können (JämO 2006). Für eine stärkere Beteiligung der Väter haben sich die nicht-übertragbaren zwei Monate bezahlte Elternzeit als effektiv erwiesen (Ferrarini 2006). Dieses Modell stand auch Pate für die Einführung des Elterngeldes in Deutschland. Insgesamt ist die Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung und Hausarbeit jedoch durch wohlfahrtsstaatliche Regulierungen schwer zu beeinflussen.

Hinsichtlich der Beteiligung der Väter an Elternzeit hat Schweden mit Abstand die besten Ergebnisse: Im Jahr 2004 waren 43 % der berechtigten Personen mit Elternzeit Väter, allerdings nahmen sie nur knapp ein Fünftel der Tage in Anspruch (JämO 2006). In Deutschland waren im Jahr 2003 etwa 5 % der Personen in Elternzeit Väter; im ersten Halbjahr 2007 waren es nach Einführung der Elternzeit 7 % (BMFSFJ 2004, 2007). In Frankreich und Großbritannien liegt die Inanspruchnahme der Elternzeit durch Männer noch niedriger (Rüling/ Kassner 2007, S. 70). Als Hauptgrund gegen die Inanspruchnahme der Elternzeit nannten in einer europäischen Studie 38 % der Männer eine mangelnde finanzielle Ausgestaltung, weiterhin befürchteten 31 % auch berufliche Schwierigkeiten (European Opinion Research Group 2004).

Neben der Elternzeit existiert in Frankreich, Großbritannien und Schweden ein spezieller Vaterschaftsurlaub im Umfang von ein bis zwei Wochen, der in den ersten Monaten nach der Geburt in Anspruch genommen werden kann. Diese Regelung

wird im Gegensatz zur Elternzeit von der großen Mehrheit der Väter genutzt (EU Expert Group on Gender, Social Inclusion and Employment 2005, S. 49). Obgleich der Vaterschaftsurlaub ein „niedrigschwelliges“ Angebot darstellt, das Vätern ermöglicht, positive Erfahrungen mit ihrem Kind zu machen, ist davon keine nennenswerte Umverteilung der unbezahlten Care-Tätigkeiten zu erwarten.

## 4 Länderbilanz

In Schweden ist die Vereinbarkeitssituation am besten – dort ist Familienpolitik *integrierte Gleichstellungspolitik*, die auch auf die Ablösung traditioneller Geschlechterarrangements zielt. Die Aufteilung der Erwerbs- und Carearbeit zwischen Männern und Frauen ist am ausgewogensten, obgleich auch Schweden weit von einer Gleichverteilung entfernt ist. Zu erklären ist dies vor allem durch die öffentlich finanzierte Ganztags-Kinderbetreuung sowie durch die großzügige Elternzeit mit spezieller Väterförderung (JämO 2006). In Schweden wird derzeit unter der konservativen Regierung über die Einführung eines dreijährigen Erziehungsurlaubs diskutiert – dies wäre gleichstellungspolitisch ein Rückschritt, da im Zuge dessen Geld für Kinderbetreuung eingespart werden soll. Gleichzeitig wird aber auch über eine Prämie nachgedacht, wenn Mutter und Vater sich die Elternzeit paritätisch aufteilen.

Auch in Frankreich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gut – allerdings betrifft dies in Frankreich nur die Frauen. Die dortige Familienpolitik ist somit vor allem als *Mütterpolitik* zu charakterisieren. Eine hohe Erwerbsquote von Müttern in Vollzeit wird vor allem durch ein recht gut ausgebauten System der Kinderbetreuung ermöglicht, welches auf einem Ganztagschulsystem für Kinder ab drei Jahren und einem Mix von öffentlicher und privater Betreuung für kleinere Kinder beruht. Aus gleichstellungspolitischer Perspektive ist zu kritisieren, dass sich die Familienpolitik nicht an Väter richtet und jenseits des kurzen Vaterschaftsurlaubs die Beteiligung von Vätern an Care-Tätigkeiten im Vergleich der vier Länder am geringsten ist.

In Großbritannien ist die Situation von Familien aus Gleichstellungsperspektive als deutlich verbesserungsbedürftig einzustu-

fen. Allerdings wurden familienpolitische Maßnahmen in den letzten Jahren ausgebaut – hiervon profitieren vor allem gering Verdienende, deren Erwerbstätigkeit unterstützt wird. Deshalb ist Familienpolitik in Großbritannien überwiegend als *Aktivierung von Eltern* zu charakterisieren. Das geringe Erwerbsvolumen von Müttern sowie die hohe Polarisierung zwischen den Arbeitszeiten von Männern und Frauen liegt nicht zuletzt am mangelnden Angebot erschwinglicher Kinderbetreuung. Allerdings existieren Programme zum weiteren Ausbau der Betreuung, von denen vor allem einkommensschwache Familien profitieren sollen.

In Deutschland stellt sich die Situation von Familien aus Sicht einer Gleichstellungspolitik in allen Bereichen als stark verbesserungswürdig dar – insgesamt zeigt sich ein *uneinheitliches Bild* mit einer weiterhin vorhandenen Förderung des Ernährermodells und einer Teilmodernisierung, wie sie etwa mit der Einführung des Elterngeldes deutlich wird. Mütter mit Kleinkindern weisen die geringste tatsächliche Erwerbsbeteiligung auf, was vor allem auf die mangelnde Kinderbetreuung zurückzuführen ist. Eine positive Entwicklung bildet sich im Vergleich zu Großbritannien oder Frankreich ab in der etwas höheren Beteiligung der Väter an Familien- und Hausarbeit. Die Einführung des Elterngeldes mit Lohnersatzleistung und den speziellen Partnermonaten unterstützt zusätzlich das Engagement von Vätern in der Familie. Auch der Ausbau der Kinderbetreuung ist aus gleichstellungspolitischer Sicht eine positive Entwicklung.

## 5 Fazit

Was lässt sich aus diesem Vergleich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familienpolitik in Europa lernen? Dazu abschließend drei Anmerkungen:

*Erstens* kann Familienpolitik – wie in Schweden und Frankreich – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie auch die Gleichstellung der Geschlechter verbessern, wenn eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit von Müttern im Sinne des „Adult Worker“ Modells, also mit Vollzeiterwerbstätigkeit, gefördert wird. Dies widerspricht jedoch zum Teil, zumindest in Deutschland und Großbritannien, den kulturellen Fa-

milienleitbildern. Eine Vereinbarkeitspolitik, die ein modernisiertes Ernährermodell und Teilzeiterwerbstätigkeit von Müttern unterstützt, ist gleichstellungspolitisch als ambivalent einzuschätzen.

*Zweitens* folgt, wie das Beispiel Frankreich zeigt, aus hoher Müttererwerbstätigkeit keineswegs automatisch auch eine stärkere Beteiligung der Väter an der Haus- und Familienarbeit. Hierfür sind, wie in Schweden, weitere familienpolitische und gleichstellungspolitische Instrumente erforderlich, die sich auch speziell an Väter richten. Allerdings sind die Einflussmöglichkeiten institutioneller Regulierungen auf die Ver-

teilung der unbezahlten Arbeit sehr begrenzt – hier ist zugleich ein kultureller Wandel vonnöten.

*Drittens* zeigt sich auf europäischer Ebene, dass die Ziele der Lissabon-Strategie familien- und gleichstellungspolitisch zu kurz greifen. Denn im Rahmen der geforderten Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit sowie mit dem Ausbau der Kinderbetreuung kann sowohl eine stärkere Erwerbsintegration von Müttern in Vollzeit als auch in Teilzeit unterstützt werden. Soll tatsächlich ein „Adult Worker“ Model gefördert werden, so müsste zum einen qualifiziert werden, mit welchen Arbeits-

zeitvolumina und unter welchen Bedingungen Frauen stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Für eine gleichberechtigte Erwerbsbeteiligung von Frauen sind neben familienpolitischen somit vor allem auch arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitische Instrumente erforderlich. Zum anderen müssten mit einer verlässlichen Ganztags-Kinderbetreuung sowie Maßnahmen zur stärkeren Beteiligung von Vätern an unbezahlter Arbeit die Voraussetzungen geschaffen werden, die eine solche Arbeitsmarktintegration von Frauen überhaupt erst ermöglichen.

## LITERATUR

- Arn, C./Walter, W.** (2004): Wer leistet die andere Hälfte der Arbeit? Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit als Bedingung eines „integralen“ Modells der Zwei-Verdiener-Familie, in: Leitner, S./Ostner, I./Schatzenstaller, M. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?, Wiesbaden, S. 132–155
- Bothfeld, S./Schmidt, T./Tobsch, V.** (2005): Erosion des männlichen Ernährermodells? Die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter drei Jahren, BMFSFJ, Berlin
- British Parliament, House of Commons** (2005): The Childcare Bill, Bill No. 80, London
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** (Hrsg.) (2004): Bericht über die Auswirkungen der §§ 15 und 16 Bundeserziehungsgeldgesetz (Elternzeit und Teilzeitarbeit während der Elternzeit), Berlin
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** (2006): Kinderbetreuung für Kinder unter sechs Jahren. Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung für Kinder unter sechs Jahren, Berlin
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** (2007): Elterngeld attraktiv für Väter, Pressemitteilung vom 17.05.2007, Berlin
- Eichhorst, W./Kaiser, L. C./Thode, E./Tobsch, V.** (2007): Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich. Zwischen Paradigma und Praxis, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh
- Esping-Andersen, G.** (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton
- Esping-Andersen, G.** (2006): Kinder und Rente – Welchen Wohlfahrtsstaat brauchen wir?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1, S. 52–64
- EU Expert Group on Gender, Social Inclusion and Employment** (2005): Reconciliation of work and private life: A comparative review of thirty European countries, European Commission, Luxembourg
- Europäische Kommission** (2005): Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“, Mitteilung der Kommission, KOM (2005) 94 endgültig, Brüssel
- Europäische Kommission** (2006a): Erste Runde der Anhörung der europäischen Sozialpartner zur Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben, Mitteilung der Kommission, SEK (2006) 1245, Brüssel
- Europäische Kommission** (2006b): Ein Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2006-2010). Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschaftsausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM (2006) 92 endgültig, Brüssel
- European Commission, Eurostat** (2004): How Europeans spend their time. Everyday life of women and men. Data 1998–2002, Luxembourg
- European Commission** (Hrsg.) (2005): Employment in Europe 2005. Recent Trends and Prospects, Luxembourg
- European Opinion Research Group** (2004): Standard Eurobarometer: Europeans' attitudes to parental leave, Brussels

- Eurostat** (2005): Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Statistik kurz gefasst 4, Luxemburg
- Eurostat** (2006): Pressemitteilung: Das Leben der Frauen und Männer in der EU 25 aus Sicht der Statistik, 06.03., Luxemburg
- Fagan, C./Hebson, G.** (2006): „Making work pay“ debates from a gender perspective. A comparative review of some recent policy in thirty European countries, European Commission, Luxembourg
- Ferrarini, T.** (2006): Families, states and labour markets: institutions, causes and consequences of family policy in post-war welfare states, Cheltenham
- Fraser, N.** (1994): Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrts-system: Ein postindustrielles Gedankenexperiment, in: Honneth, A. (Hrsg.): Pathologie des Sozialen, Frankfurt/M., S. 351–376
- Gauthier, A. H.** (1996): The state and the family. A comparative analysis of family policies in industrialised countries, Oxford
- Immervoll, H./Barber, D.** (2005): Can Parents Afford to Work? Childcare Costs, Tax-Benefit Policies and Work Incentives. OECD Social, Employment and Migration Papers No. 31, Paris
- JämO – The Equal Opportunites Ombudman** (2006): Parenthood & Parental Insurance. The Current Situation in Sweden, Stockholm [Internet: [www.jamombud.se](http://www.jamombud.se); Zugriff: 02.08.2007]
- Klenner, C.** (2005): Arbeitszeit, in: Bothfeld et al. (Hrsg.): WSI Frauen DatenReport 2005. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Düsseldorf
- Laurer, C./Weber, A. M.** (2003): Employment of Mothers After Child-birth: A French-German Comparison. Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung, Discussion Paper No. 03-55, Mannheim
- Lewis, J.** (2004): Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen-Familie“, in: Leitner, S./Ostner, I./Schratzstaller, M. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnisse im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermode-ll?, Wiesbaden, S. 62–84
- Lewis, J.** (2006): Work/family reconciliation, equal opportunities and social policies: the interpretation of policy trajectories at the EU level and the meaning of gender equality. *Journal of European Public Policy* 3, S. 420–437
- OECD** (2001): Employment outlook – Reconciling social and employment goals, Paris
- OECD** (2002): Employment outlook – Surveying the jobs horizon, Paris
- OECD** (2007): The Social Expenditure Database – An Interpretative Guide. SOCX 1980-2003, Paris
- Rat der Europäischen Union** (2002): Europäischer Rat (Barcelona), 15. und 16. März, Schlussfolgerungen des Vorsitzes (SN 100/1/02 REV 1)
- Rüling, A./Kassner, K.** (2007): Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
- Rüling, A.** (2007): Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen, Frankfurt a. M./New York (im Erschei-nen)
- Rürup, B./Gruescu, S.** (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungspolitik, BMFSFJ, Berlin
- Sachverständigenkommission Siebter Familienbericht** (2005): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslauf-bezogene Familienpolitik. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin